



Fragenkatalog Entwicklungspolitik

Für die Kandidaten der Wahlkreise Köln I-IV zur Wahl des Deutschen Bundestages 2009

Frage 1: Entwicklungspolitisches Engagement

Entwicklungspolitik braucht nicht nur engagierte Abgeordnete, sondern bringt auch Wählerstimmen.

**Werden Sie sich als Abgeordneter des deutschen Bundestages für entwicklungs-
politische Belange einsetzen? Welche Schwerpunkte liegen Ihnen besonders am
Herzen und welche sollten in der deutschen EZ nach der Wahl verfolgt werden?**

Antwort:

Ja, das werde ich. Wir leben in einer Welt. Globale Armut, Hunger, Klimawandel, Finanz- und Wirtschaftskrisen betreffen alle Regionen. Frieden und Sicherheit, mehr globale Gerechtigkeit und Klimaschutz können nur gemeinsam erreicht werden. Der „neue Gesellschaftsvertrag“, von dem wir in unserem Bundestagsprogramm sprechen, setzt auch auf eine vertiefte internationale Zusammenarbeit.

Entwicklungspolitik ist für mich ein Teil der Gestaltung einer gerechteren Globalisierung. Wir wollen die Millenniumsentwicklungsziele der UN umsetzen. Wir wollen bis 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit (EZ) einsetzen. Dazu brauchen wir höhere Haushaltsmittel und innovative Finanzierungsinstrumente (Finanztransaktionssteuer, Flugticketabgabe, Emissionshandel).

Die Zusammenarbeit in den Bereichen Klima- und Umweltschutz, ländliche Entwicklung und beim Aufbau sozialer Sicherungssysteme sollte ausgebaut werden.

Wir wollen den Technologie- und Know-How Transfer von Nord nach Süd verbessern (Stichworte: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz). Das wäre Teil eines globalen „New Green Deal“, für den nicht nur wir uns aussprechen, sondern auch die Vereinten Nationen.

Entwicklungspolitik kann kein Pflaster für Wunden sein, die durch falsche Handelspolitik entstehen. Europäische Agrarexportsubventionen zerstören Märkte in Entwicklungsländern und müssen abgeschafft werden. Wir setzen uns für eine gerechtere Handelspolitik ein.

Wir sprechen uns für die bessere Beteiligung von Entwicklungsländern in internationalen Organisationen aus.

Wir halten neue Entschuldungsinitiativen für notwendig und setzen uns für die Schaffung eines internationalen Insolvenzverfahrens ein.

Unsere Entwicklungspolitik ist bestimmt vom Prinzip der Partnerschaftlichkeit. Entwicklung kann nicht „von außen“ oktroyiert werden. Entwicklungsländer müssen selbst klare Prioritäten definieren und Eigenverantwortung übernehmen. Dabei wird es auch immer wieder zu offenen und ggf. kontroversen Diskussionen kommen.

Frage 2: Millenniums-Entwicklungsziele

Mit den acht Millenniumsentwicklungszielen (MDG) der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000 sollen bis zum Jahr 2015 unter anderem extreme Armut und Hunger halbiert werden. Die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele ist jedoch gefährdet.

Wie werden Sie sich als Abgeordneter des Deutschen Bundestages dafür einsetzen, dass die MDG, vor allem die Halbierung von Armut und Hunger, bis zum Jahr 2015 erreicht werden?

Antwort:

Ich werde mich für die Erhöhung der Mittel der Zusammenarbeit einsetzen und für neue Wege in der Entwicklungsfinanzierung (siehe oben). Bezogen auf die Bekämpfung des Hungers brauchen wir meines Erachtens nach eine gerechtere Handelspolitik, Maßnahmen zur Bekämpfung der Spekulation mit Nahrungsmitteln, eine Neuausrichtung hin zu einer global nachhaltigeren Landwirtschaft. In der Entwicklungszusammenarbeit müssen wir die Kooperation im Bereich der ländlichen Entwicklung ausbauen. Unter grüner Regierungsbeteiligung würde die Förderung einer Ressourcen und Klima schonenden ländlichen Entwicklung, Ernährungssicherung und die Umsetzung des Rechts auf Nahrung im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine bedeutende Rolle spielen

Unterstützen Sie die Forderung VENROs, einen "Deutschen MDG-Aktionsplan" zu erarbeiten, der festlegt, welche Initiativen Deutschland in den verbleibenden fünf Jahren ergreifen wird?

Antwort:

Ja. Wir wollen an das noch von der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2001 beschlossene Aktionsprogramm 2015 anknüpfen. Daraus muss ein inhaltlich weiter entwickelter Aktionsplan werden, der kohärent und ressortübergreifend den deutschen Beitrag zur Erreichung der MDG präzise beschreibt. Dies hat die gegenwärtige Bundesregierung versäumt.

Frage 3: Globale Gesundheit

Die internationale Gemeinschaft hat mit der Millenniumserklärung drei direkt gesundheitsbezogene Ziele formuliert. Trotzdem ist weltweit das Recht auf Gesundheit nicht gewährleistet. Noch immer sterben jedes Jahr bis zu zehn Millionen Kleinkinder an leicht vermeidbaren Krankheiten, Mütter an Komplikationen bei der Geburt und Millionen Erwachsene an Krankheiten wie HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria. Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern leiden v.a. an mangelnder Finanzierung, eklatantem Personalmangel und fehlendem Zugang zu Arzneimitteln.

Welche Maßnahmen müssen aus Ihrer Sicht ergriffen werden, um die besonders gefährdeten gesundheits-relevanten MDG 4 (Senkung der Kindersterblichkeit), 5 (Verbesserung der Müttergesundheit) und 6 (Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderer Krankheiten) bis 2015 zu verwirklichen?

Inwiefern werden Sie sich dafür einsetzen, dass der bisher im internationalen Vergleich sehr geringe Umfang der gesundheitsrelevanten Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands konsequent aufgestockt wird, um bis 2010 ein Mindestniveau von 0,1 % des BNE zu erreichen?

Antwort:

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Zur Erreichung der gesundheitsrelevanten Millenniumsziele müssen die Mittel für die Finanzierung der Gesundheitssysteme in den Entwicklungsländern langfristig zugesagt werden und für Entwicklungsländer vorhersagbar sein. Darüber hinaus muss globale Gesundheit in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine zentrale und nicht wie bisher eine untergeordnete Rolle spielen. Besonders die Unterstützung von Frauen und ihrer sexuellen und reproduktiven Rechten muss eine höhere Bedeutung erhalten. Deutschland muss den angemessenen finanziellen Beitrag von 0,1% seines BNE zur weltweiten Gesundheitspolitik leisten.

Wir sehen, dass Deutschland im Vergleich zu ähnlich wirtschaftsstarken Industrieländern wie Frankreich oder Großbritannien noch immer einen viel zu geringen finanziellen Beitrag leistet, um die Millenniumsentwicklungsziele im Gesundheitsbereich zu erreichen. Das muss sich ändern. Der universelle Zugang zu Präventionsmethoden und der Behandlung von HIV/AIDS ist eine der größten Herausforderungen, für den sich die Bundesregierung stärker einsetzen muss. Doch darf dieses Engagement nicht zu Lasten der Stärkung von Gesundheitssystemen allgemein oder zu Lasten des Kampfes gegen andere tropische Armutskrankheiten gehen.

Frage 4: Armutskrankheiten

HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria sind sogenannte Armutskrankheiten, da sie vor allem arme Menschen in Entwicklungsländern betreffen. So treten 90% aller malariabedingten Todesfälle in Sub-Sahara Afrika auf. Nirgendwo sterben so viele Menschen an Malaria wie in Afrika, vor allem Frauen und Kinder. Ein Problem bei der Bekämpfung dieser Krankheiten ist die Versorgung mit Medikamenten: Es gibt entweder zu wenige wirksame Medikamente, weil nicht genügend geforscht wird, oder die Medikamente sind wegen strikter Patentregelungen zu teuer, als dass die umfassende Versorgung ärmerer Menschen gewährleistet ist.

Wie kann Ihrer Ansicht nach die Erforschung, Entwicklung und der Zugang zu wirksamen und günstigen Medikamenten, Impfstoffen und Präventionsmitteln gegen Armutskrankheiten wie HIV/Aids, Malaria, Tuberkulose und Polio sowie vernachlässigten Krankheiten gefördert und gewährleistet werden?

Sollte die öffentlich finanzierte Forschung zu diesen Krankheiten in Deutschland verstärkt werden?

Antwort

Pharmaunternehmen in den Industrieländern vernachlässigen die Forschung und Entwicklung neuer Medikamente gegen Armutskrankheiten, da mit ihnen keine großen Gewinne zu erwarten sind. Von den zwischen 1975 und 2004 neu entwickelten 1556 Medikamenten entfielen gerade einmal 18 auf die tropischen Armutskrankheiten und drei auf Tuberkulose. Das ist viel zu wenig.

Deutschland als drittstärkste Wirtschaftskraft der Welt und als Land mit großen Forschungskapazitäten muss die Mittel für die öffentliche Forschung erhöhen und gezielte Anreize für die Forschung und Entwicklung an neuen Medikamenten gegen Tropenkrankheiten schaffen. Sie muss von Anfang an sicherstellen, dass öffentliche Mittel, die in die Forschung investiert werden, auch definitiv einen breiten öffentlichen Zugang zu eben diesen Medikamenten ermöglichen. Produktentwicklungspartnerschaften, wie die Drugs for Neglected Diseases Initiative (DNDI), verfolgen eben dieses Ziel und sollten daher stärker unterstützt werden.

Frage 5: Nahrungssicherheit

Zugang zu adäquaten Nahrungsmitteln ist ein Menschenrecht und absolute Voraussetzung für Entwicklung und Armutsbekämpfung. Die Ernährungssouveränität vieler Menschen in den Entwicklungsländern wird durch vielerlei Faktoren untergraben. Meist spielen nationale und internationale politische Fehlentscheidungen dabei eine große Rolle. Ungerechte Welthandelsstrukturen behindern die kleinbäuerliche Produktion, die in vielen Entwicklungsländern die Basis für die Ernährung der Bevölkerung ist. Außerdem fehlt vielen kleinbäuerlichen Produzentinnen und Produzenten der Zugang zu den notwendigen Produktionsmitteln wie Land, Wasser und Saatgut, technisches Know-how und die Anbindung an Infrastruktur.

Sollte aus Ihrer Sicht die zukünftige Bundesregierung der ländlichen Entwicklung wieder mehr Aufmerksamkeit schenken und dementsprechend die Ausgaben in diesem Sektor erhöhen?

Antwort:

Ganz eindeutig ja. Für mich ist es politisch und moralisch nicht hinnehmbar, dass 1,02 Milliarden Menschen auf der Welt chronisch unterernährt sind und Hunger leiden. Für jede Politikerin und jeden Politiker, hier und in den betroffenen Ländern, sollte daher klar sein: Wir brauchen einen sofortigen Kurswechsel im Kampf gegen den Hunger.

Das Ziel muss sein, in den Entwicklungsländern eine kleinbäuerliche, klima- und standortangepasste, umweltverträgliche Landwirtschaft stärker zu fördern. Hierfür fordern wir, dass ländliche Entwicklung im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ein Schwerpunktthema werden muss. Staatliche und private Institutionen müssen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern stützen und durch Kredite, angepasste Technologien und Investitionen in den ländlichen Raum stärken. Die Forschung im Bereich der nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft muss deutlich ausgebaut und die Ergebnisse für jedermann nutzbar gemacht werden. Und insbesondere muss die kleinbäuerliche Produktion lokaler Nahrungsmittel für den eigenen Markt gefördert und geschützt werden. Und wir brauchen eine Handelspolitik, die nicht zur Zerstörung der Landwirtschaft in Entwicklungsländern beiträgt.

Frage 6: Landwirtschaft und Agrarexportsubventionen

Die Europäische Union fördert immer wieder den Export landwirtschaftlicher Produkte mit hohen Subventionen. Jüngstes Beispiel ist die Exportförderung von Milch und Milchprodukten. Kleine Produzentinnen und Produzenten in Entwicklungsländern können häufig nicht mit den subventionierten Produkten konkurrieren. Es droht der Verlust von Einkommen und im schlimmsten Fall müssen sie ihre Produktion aufgeben. Entwicklungsexperten warnen schon lange vor den desaströsen Folgen dieser Praxis für die Entwicklungsländer.

Werden Sie sich als Abgeordneter des Deutschen Bundestags dafür einsetzen, dass sämtliche Agrarexportsubventionen zeitnah abgeschafft werden?

Antwort:

Auf jeden Fall. Die Agrarexportsubventionen sind zerstörerisch für die Märkte in Entwicklungsländern. Sie sind das Symbol schlechthin für eine ungerechte Welthandelspolitik. Sie sind auch aus der Sicht von uns Steuerzahlerinnen nicht akzeptabel. Wir Grünen haben uns in verschiedenen Anträgen im Bundestag für die sofortige Abschaffung dieser Subventionen ausgesprochen.

Frage 7: Entwicklungsfinanzierung

Deutschland hat sich im Rahmen des EU-Stufenplans im Jahr 2005 dazu verpflichtet, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2010 auf 0,51 Prozent und bis zum Jahr 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. 2008 lag diese sogenannte ODA-Quote bei 0,38 Prozent.

Sollte die zukünftige Bundesregierung auch in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise die Mittel für Entwicklungshilfe im nächsten Jahr auf 0,51% des Bruttonationaleinkommens erhöhen, d. h. nach jetzigem Stand um etwa 2,8 Mrd. Euro (3,7 Mrd. US\$) aufstocken?

Werden Sie sich als Abgeordneter des Deutschen Bundestags für die Erhöhung der Mittel einsetzen?

Antwort:

Ja, auch in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise – unter der ja viele Entwicklungsländer viel existenzieller leiden, als Menschen in Industrieländern - sollten wir ein Zeichen der Solidarität setzen. Deutschland sollte die Verpflichtung, die es gemeinsam mit allen EU-Staaten eingegangen ist, endlich umsetzen. Dazu brauchen wir einen Ansatz, der aus drei Elementen besteht. Höhere Budgetmittel, neue Finanzierungsinstrumente und weitere Entschuldungsinitiativen für bestimmte Entwicklungsländer. Klar ist allerdings auch, dass wir gerade heute in Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrise massiv in der Gesellschaft dafür werben müssen.